

Bau eines A7-Zubringers in Ulzburg-Süd weiterhin ungewiss

Henstedt-Ulzburger Gemeindevertretung bekräftigte Forderung nach einem neuen Autobahnanschluss

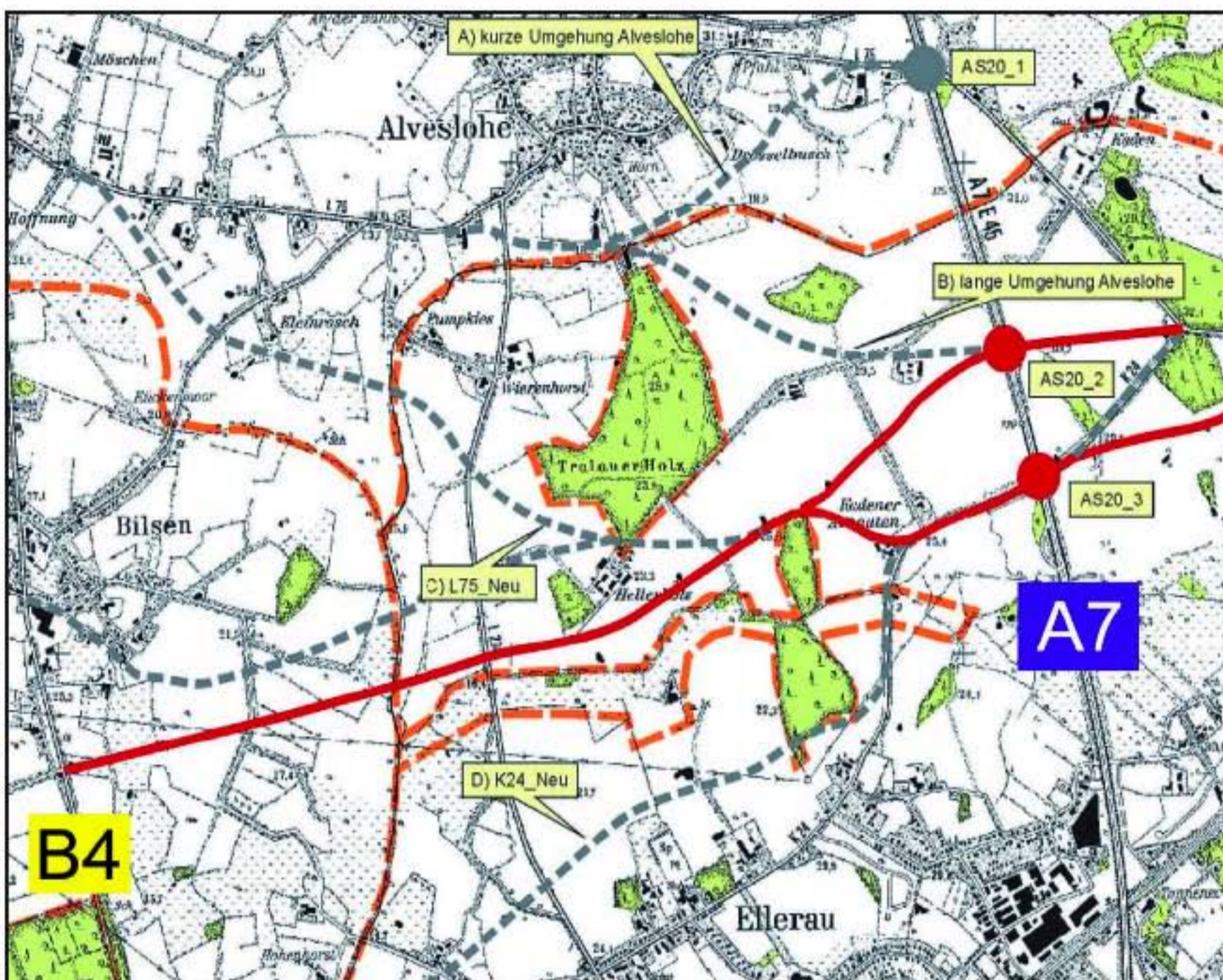
Henstedt-Ulzburg – Ob von Ulzburg-Süd aus jemals ein Zubringer zur Autobahn A 7 gebaut wird, ist weiterhin ungewiss. Fest steht bislang nur, dass die örtlichen Kommunalpolitiker uneins sind. 18 Gemeindevertreter stimmten am Dienstagabend für eine A7-Anbindung im Bereich Kadener Chaussee / Kadener Weg, 13 dagegen. Diese Entscheidung bedeutet aber nicht, dass nun der Weg zum Bau frei ist. Nur wenn auch andere von dem Projekt betroffene Orte die Anschlussstelle wollen, besteht eine Chance auf Realisierung.

Von Michael Zwicker

Bis zur Kommunalwahl im Mai sah es noch danach aus, dass die Autobahn A 7 sogar zwei neue Zubringer bekommen sollte: die Anschlussstelle (AS) 22 in Höhe Norderstedt-Garstedt und die AS 20 nahe Ulzburg-Süd. Die Henstedt-Ulzburger Gemeindevertretung, die Norderstedter Stadtvertretung und auch der Segeberger sowie der Pinneberger Kreistag hatten vor gut zwei Jahren mit deutlichen Mehrheiten für die Zubringer gestimmt. Ein Gutachten zur Siedlungsachse Norderstedt-Kaltenkirchen hatte beide Autobahnanschlüsse im Zuge des geplanten sechsspurigen A7-Ausbaus befürwortet, mit Vorrang für den Norderstedter Zubringer.

Die Kommunalwahl im Mai führte allerdings zu folgenreichen Machtverschiebungen in der Norderstedter Stadtvertretung. Die neue Mehrheit von SPD, Grüner Alternative Liste (GALiN), FDP und Linken stimmte Mitte Juli gegen den geplanten Autobahnanschluss in Garstedt. Die Norderstedter CDU-Vertreter, früher mit absoluter Mehrheit ausgestattet, konnten sich als Befürworter des Zubringers nun nicht mehr durchsetzen.

Auch in der Nachbargemeinde Henstedt-Ulzburg hatte die CDU bei der Kommunalwahl ihre absolute Mehrheit in der Gemeindevertretung eingebüßt, aber hier hatten sich auch SPD und FDP im Wahlkampf für einen neuen A7-Anschluss ausgesprochen. Einzig die Wählergemeinschaft (WHU), nun stärkste Fraktion in der Gemeindevertretung, war stets gegen das Straßenbauprojekt. „Ein neuer Zubringer würde nicht weniger, sondern mehr Verkehr im Ort verursachen“, sagte WHU-Gemeindevertreter Wolfgang Sievers. Er befürchtet, dass viele Pendler, die zurzeit über die Norderstedter Straße den Quickborner A7-Anschluss ansteuern, auf den neuen Zubringer ausweichen könnten



Zwischen Norderstedt und Kaltenkirchen gibt es vier A7-Anschlussstellen (AS), wobei Schnelsen-Nord (AS 23) zum Hamburger Stadtgebiet gehört. In Schleswig-Holstein befinden sich die Anschlussstellen Quickborn (AS 21), Henstedt-Ulzburg / Kaltenkirchen-Süd (AS 19) und Kaltenkirchen (AS 18). Insbesondere die Anschlussstellen Schnelsen-Nord und Quickborn sind stark belastet. Eine weitere Zunahme des Verkehrs ist zu erwarten. Den Trassenvorschlag für einen weiteren Zubringer (AS 20) mit zwei Alternativen für eine neue Anschlussstelle zeigen die roten Linien und Punkte. Die grau gestrichelten Linien sind inzwischen verworfene Vorschläge. Die orange gestrichelten Linien sind lediglich Flächenabgrenzungen.

und so die Hamburger Straße zusätzlich belasten. CDU-Vertreter Jens Müller plädierte für den neuen A7-Anschluss: „Er ist ein wichtiger Schritt zur Lösung unserer Verkehrsprobleme.“

Hauptgrund für die ablehnende Haltung der WHU sind aber die nach der Kommunalwahl gestoppten Planungen für das Neubaugebiet Beckershof. Zwischen Kadener Chaussee, Hamburger Straße und Autobahn sollten Häuser für bis zu 4 000 Bewohner entstehen. Der Autobahnzubringer dicht an dem Neubaugebiet sollte einen Großteil des Berufsverkehrs aufnehmen.

In der Sitzung am Dienstagabend konnte die WHU den vor zwei Jahren gefassten Gemeindevertreterbeschluss pro A7-Zubringer nicht kippen. Die CDU-Fraktion (zehn Sitze) stimmte geschlossen für den Zubringer, ebenso die beiden FDP-Vertreter. In der SPD-Fraktion stimmten sechs mit CDU und FDP, zwei Sozialdemokraten vertraten die gleiche ablehnende Haltung wie die WHU (zwölf Sitze). WHU-Ver-

treter Tile Abel, über dessen Grundbesitz der Zubringer führen würde, musste wegen Befangenheit den Raum verlassen.

In Alveslohe, das ebenfalls erheblich vom neuen A7-Zubringer betroffen wäre, gibt es erhebliche Vorbehalte wegen des hohen Landschaftsverbrauchs und der Furcht vor mehr Durchgangsverkehr von und zur A7. Ein Grundsatzbeschluss sollte in der jüngsten Gemeindevertreterversammlung gefasst werden, doch die Abstimmung wurde vertagt. Karin Peters von Bündnis90/Die Grünen verwies auf einen Beschluss aus dem Juli 1988. Damals hatte die Gemeinde sich grundsätzlich gegen den Verlauf von Autobahntrassen oder Anschlussstellen auf Alvesloher Gemeindegebiet ausgesprochen. Da dieser Beschluss noch nicht aufgehoben sei, sei er nach wie vor gültig, meinte Frau Peters.

In Ellerau gibt es wie in Henstedt-Ulzburg unterschiedliche Meinungen. Allerdings wurde bereits im Dezember 2007 eine Zustimmung der Gemeinde zur neuen

Anschlussstelle mit Forderungen verknüpft. Unter anderem müsste der AKN-Bahnübergang nahe des Ortszentrums tiefer gelegt werden, um auf den Straßen den Verkehrsfluss zu verbessern.

Keine Bedenken gegen einen A7-Zubringer Ulzburg-Süd hat die Stadt Quickborn.

Das Land Schleswig-Holstein würde die Region bei einem einvernehmlichen Antrag auf Bau des Zubringers unterstützen. Der Bund, der die meisten Kosten tragen müsste, hält einen neuen Zubringer jedoch nicht für unbedingt erforderlich.

Ob die betroffenen Kommunen sich hinsichtlich der Anschlussstelle 20 einigen oder nicht, hat keinerlei Auswirkungen auf die schon weit vorangeschrittenen Planungen für den Ausbau der A7. Zwischen dem Bordscholmer Dreieck und dem Elbtunnel soll die Autobahn auf sechs Fahrstreifen ausgebaut werden. Für den Bereich zwischen Bad Bramstedt und Schnelsen-Nord sollen die Bauarbeiten 2010 beginnen.